

## Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen

*In letzter Zeit werden traditionelle Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Fortbildung zunehmend durch die direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung, das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und Maßnahmen der Freien Förderung ergänzt. Der überwiegende Teil der Personen in diesen Maßnahmekomplexen wurde in der bisherigen Arbeitsmarktbilanz nicht explizit ausgewiesen oder war überhaupt nicht erfasst. Im vorliegenden Beitrag werden diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kurz erläutert und ihre Darstellung in der modifizierten Arbeitsmarktbilanz des IWH am Beispiel Ostdeutschlands beschrieben. Insgesamt wird dadurch das Ausmaß arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen transparenter. Der modifizierte Aufbau der Arbeitsmarktbilanz führt jedoch dazu, dass die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Tabellen eingeschränkt ist.*

Gegen die hohe Arbeitslosigkeit wird eine Vielzahl von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Programmen angewendet. Dabei kommt neben traditionellen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Struktur Anpassungsmaßnahmen, Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und Vorruhestandsregelungen eine Reihe weiterer Instrumente zum Einsatz. Dazu gehören in letzter Zeit insbesondere die direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) und die so genannte Freie Förderung. Dabei handelt es sich bei dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und bei der Freien Förderung um relativ neue arbeitsmarktpolitische Instrumente, deren Bedeutung allerdings rasch zugenommen hat.

In der regelmäßig veröffentlichten Arbeitsmarktbilanz des IWH wurden bisher nur die traditionellen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik erfasst. Neuere Maßnahmen wurden zum größten Teil nicht explizit ausgewiesen bzw. waren überhaupt nicht enthalten. Damit blieben sie bei der Beurteilung des Umfangs und der Struktur der Arbeitsmarktpolitik unberücksichtigt. Das hatte zur

Folge, dass das Ausmaß staatlicher Eingriffe in der Arbeitsmarktbilanz des IWH unterschätzt wurde. Mit einer Modifizierung der Arbeitsmarktbilanz soll dieses Problem behoben werden.

Im Folgenden werden zunächst die wichtigsten dieser Instrumente kurz skizziert, ohne dabei auf die Ausgestaltung der Maßnahmen im Detail einzugehen.<sup>27</sup> Anschließend werden ihre Darstellung in der etwas modifizierten Arbeitsmarktbilanz des IWH beschrieben und die Konsequenzen für die Beurteilung des Ausmaßes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen am Beispiel Ostdeutschlands aufgezeigt.

### ***Bisher in der Arbeitsmarktbilanz nicht explizit ausgewiesene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen***

#### *Direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung*

Die so genannten direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse dienen vorrangig zur Stützung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- *Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen:* Darunter werden zeitlich befristete Lohnkostenzuschüsse an Wirtschaftsunternehmen verstanden, die sie für die zusätzliche Einstellung arbeitsloser Arbeitnehmer mit Leistungsansprüchen erhalten. Diese Maßnahmen kommen für Arbeitnehmer in Frage, die langzeitarbeitslos oder behindert sind beziehungsweise das 50. Lebensjahr überschritten haben. Im Jahr 2001 waren in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) etwa 22 000 Personen in derartigen Maßnahmen tätig (vgl. Tabelle 1).
- *Eingliederungszuschuss zum Ausgleich von Minderleistung:* Zur Eingliederung von Arbeitnehmern, die vom Gesetzgeber als förderungsbedürftig definiert sind, kann die Bundesanstalt für Arbeit Eingliederungszuschüsse zu den Arbeitsentgelten zum Ausgleich von Minderleistungen gewähren. Im vergangenen Jahr wurden ca. 50 000 Personen durch Eingliederungszuschüsse begünstigt.

<sup>27</sup> Vgl. BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT: Was? Wie viel? Wer? Nürnberg 2002, Sozialgesetzbuch III.

Tabelle 1:

Gegenüberstellung der bisherigen und der revidierten Arbeitsmarktbilanz am Beispiel Ostdeutschland für das Jahr 2001\*

		bisher	revidiert
		in 1 000 Personen	
1	Erwerbsfähige <sup>a</sup>	9 688	9 688
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 799	5 799
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	5 626	5 648
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt<sup>b</sup></i> [(4a)+(4b)+(4c)+(4d)+(4e)+(4f)+(4g)+(4h)]		148
4a	<i>Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen</i>		22
4b	<i>Eingliederungszuschüsse</i>		50
4c	<i>Eingliederungszuschuss bei Neugründungen</i>		5
4d	<i>Eingliederungsverträge</i>		0
4e	<i>Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose</i>		12
4f	<i>Überbrückungsgeld</i>		13
4g	<i>Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit</i>		32
4h	<i>Freie Förderung</i>		14
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(3)-(4)]</i>		5 500
6	Pendlersaldo	-385	-385
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 184	6 184
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	6 011	6 033
9	<i>darunter:</i> <i>Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(8)-(4)]</i>		5 885
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 697	1 699
11	<i>Arbeitslose</i>	1 259	1 259
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	438	440
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	35
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	13
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen<sup>c</sup></i>	173	151
15a	<i>Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</i>	110	110
15b	<i>Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen</i>	41	41
15c	<i>Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen</i>	22	
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	125	125
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	5
18	<i>Vorruheständler<sup>d</sup></i>	81	81
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	6	6
20	<i>Teilnehmer in sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen<sup>e</sup></i>		24
21	Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve <sup>f</sup> [(8)+(10)-(14)-(19)]	7 689	7 713
		in % (Inländerkonzept)	
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	79,4	79,6
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	62,0	62,3
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(9)/(1)*100]		60,7
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	63,8	63,8
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	22,1	22,0
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	76,3	76,2
28	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)-(14)+(11)+(13)]*100}	17,3	17,3
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(21)*100}	5,7	7,6
		in Millionen Stunden	
30	<i>Nachrichtlich:</i> Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)*1000]	9 135	9 135
		in Stunden	
31	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 575,3	1 575,3

\*Die Tabellenerläuterungen entsprechen denen von Tabelle 2. Die grau unterlegten Felder markieren die Änderungen in der revidierten Arbeitsmarktbilanz gegenüber der früheren Bilanz.

Anmerkung:

In Klammern sind die Rechenschritte angegeben. Beispiel: Zeile 3 (Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt) ergibt sich aus Zeile 2 (Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)) abzüglich Zeile 15 (Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen).

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2002); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; ab 2002: Prognose des IWH.

- *Einstellungszuschuss bei Neugründung:* Arbeitgeber, die vor nicht mehr als zwei Jahren eine selbständige Tätigkeit aufgenommen haben und höchstens fünf Arbeitnehmer beschäftigen, können für die unbefristete Beschäftigung eines zuvor arbeitslosen förderungsbedürftigen Arbeitnehmers auf einem neuen Arbeitsplatz einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt erhalten. Der Einstellungszuschuss bei Neugründungen ist auf höchstens zwölf Monate in Höhe von 50% des Arbeitsentgelts begrenzt. Derartige Einstellungszuschüsse wurden im Jahr 2001 für durchschnittlich 5 000 Personen gewährt.
- *Eingliederungsvertrag:* Zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und schwer vermittelbaren Personen kann die Bundesanstalt für Arbeit auf der Grundlage eines Eingliederungsvertrages Zuschüsse zum Arbeitsentgelt und den SV-Beiträgen während der Qualifizierung und Einarbeitung zahlen. Außerdem trägt sie das Risiko für Ausfallzeiten in der Einarbeitungszeit. Eingliederungsverträge wurden im vergangenen Jahr nur für eine verschwindend geringe Zahl von Langzeitarbeitslosen abgeschlossen.
- *Beschäftigungshilfen für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen:* Für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen werden von der Bundesanstalt für Arbeit Beschäftigungshilfen gewährt. In Abhängigkeit von der Dauer der vorangegangenen Arbeitslosigkeit werden degressiv gestaffelte Lohnkostenzuschüsse für längstens ein Jahr geleistet. Im Jahr 2001 wurden für durchschnittlich etwa 12 000 Personen Beschäftigungshilfen gewährt.
- *Überbrückungsgeld:* Arbeitnehmer, die durch Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit die Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden, können zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung in der Zeit nach der Existenzgründung für die Dauer von sechs Monaten Überbrückungsgeld in Höhe des Arbeitslosengeldes erhalten. Im Durchschnitt des Jahres 2001 wurde etwa 13 000 Personen Überbrückungsgeld gezahlt.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in Ostdeutschland etwa 102 000 Personen direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung zuteil.

### *Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit*

Die Leistungen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit dienen dem Ziel, Bewerbern ohne Ausbildungsplatz und arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildung, eine Qualifizierung oder eine Beschäftigung zu vermitteln. Der Maßnahmenkatalog umfasst zum Beispiel die Förderung des betrieblichen Lehrstellenangebots und der außerbetrieblichen Ausbildung, das Nachholen des Hauptschulabschlusses und Zuschüsse für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Teilnehmer an diesem Programm betrug im vergangenen Jahr ca. 42 000 Personen. Davon zählten schätzungsweise etwa 32 000 Personen zu den Erwerbstätigen, und etwa 10 000 Teilnehmer befanden sich in schulischer oder außerbetrieblicher Ausbildung.

### *Freie Förderung*

Bei der so genannten Freien Förderung können die Arbeitsämter bis zu 10% der im Eingliederungstitel enthaltenen Mittel einsetzen, um die Möglichkeiten der gesetzlich geregelten Leistungen zu erweitern. Damit entscheiden die Arbeitsämter eigenverantwortlich, welche Leistungen sie erbringen und wie sie diese ausgestalten. Entsprechend den Zielen und Grundsätzen des Sozialgesetzbuches III sind die freien Leistungen zur Eingliederung von Ausbildungssuchenden, arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern in das Ausbildungs- und Berufsleben einzusetzen. Im vergangenen Jahr waren in Ostdeutschland durchschnittlich etwa 26 000 Personen in Maßnahmen der Freien Förderung.

### *Erweiterter Ausweis der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in der Arbeitsmarktbilanz*

Mit der Einführung neuer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beziehungsweise einer verbesserten Datenbasis wurde die regelmäßig veröffentlichte Arbeitsmarktbilanz überprüft und um diese neuen Maßnahmen erweitert. In der bisherigen Bilanz waren die Teilnehmer an direkten Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigung nicht explizit als Teil der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt kenntlich gemacht. Darüber hinaus waren die durch das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die durch die Freie För-

Tabelle 2:  
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland

		2000	2001	2002	2003
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige <sup>a</sup>	9 739	9 688	9 624	9 568
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 917	5 799	5 728	5 730
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	5 737	5 648	5 608	5 610
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt<sup>b</sup></i>	149	148	146	146
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(3)-(4)]</i>	5 588	5 500	5 462	5 464
6	Pendlersaldo	-352	-385	-410	-420
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 269	6 184	6 138	6 150
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	6 089	6 033	6 018	6 030
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(8)-(4)]</i>	5 940	5 885	5 872	5 884
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 706	1 699	1 689	1 650
11	<i>Arbeitslose</i>	1 244	1 259	1 270	1 232
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	462	440	419	418
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	35	35	35
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	12	13	15	12
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen<sup>c</sup></i>	180	151	120	120
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	129	125	125	125
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	5	5	5
18	<i>Vorruheständler<sup>d</sup></i>	78	81	85	85
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	5	6	8	10
20	<i>Teilnehmer in sonstigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen<sup>e</sup></i>	18	24	26	26
21	Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve <sup>f</sup> [(8)+(10)-(14)-(19)]	7 778	7 713	7 684	7 658
		in % (Inländerkonzept)			
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	79,9	79,6	79,8	80,0
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	62,5	62,3	62,5	63,0
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen [(9)/(1)*100]	61,0	60,7	61,0	61,5
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,4	63,8	63,8	64,3
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	21,9	22,0	22,0	21,5
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	75,0	76,2	77,3	76,8
28	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)-(14)+(11)+(13)]*100}	17,0	17,3	17,6	17,1
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(21)*100}	7,9	7,6	7,4	7,4
		in Millionen Stunden			
30	<i>Nachrichtlich: Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)*1000]</i>	9 389	9 135	8 963	8 922
31	<i>Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)</i>	1 586,8	1 575,3	1 564,8	1 557,1

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – <sup>b</sup> Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OFW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>c</sup> Einschließlich der traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – <sup>d</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>e</sup> Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>f</sup> Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten.

Anmerkung:

Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist erstmals – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige bisher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen jetzt den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Juni 2002); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH, 2002; Prognose des IWH.

derung begünstigten Personen bisher nicht vollständig in der Bilanz enthalten. Um diese Personengruppen aufnehmen zu können, sind einige Modifikationen im Aufbau der bisherigen Eckdatentabelle notwendig (vgl. Tabelle 1).

Die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt wird nunmehr in zwei Untergruppen dargestellt, zum einen die *Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt* (Zeile 4) und zum anderen die *Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt ohne diese Teilnehmer* (Zeile 5). Die erste Gruppe umfasst die durch direkte Hilfen zur Eingliederung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse begünstigten Arbeitnehmer sowie den Teil der Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und der Freien Förderung, die dem ersten Arbeitsmarkt zuzurechnen sind. Letztere können zur Zeit nur grob geschätzt werden, da eine eindeutige Zuordnung zum ersten oder zweiten Arbeitsmarkt bzw. einer anderen Form der Unterbeschäftigung nicht möglich ist. Die *Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen* (Zeile 15c) sind nicht mehr in der Position *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (einschließlich Strukturanpassungsmaßnahmen)* enthalten, sondern sind nunmehr Teil der *direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt* (Zeile 4a). Zur Position *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen* wird nunmehr auch das neue Förderinstrument *Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen* gerechnet, das allerdings bisher kaum in Anspruch genommen wurde. In der neu ausgewiesenen Position *Sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen* (Zeile 20) sind die *Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit* und die *Teilnehmer an Maßnahmen der Freien Förderung* subsumiert, die nicht im ersten Arbeitsmarkt tätig sind.

In der Arbeitsmarktbilanz ist nunmehr auch die Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen angegeben. Sie liegt um 1,6 Prozentpunkte unter der Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt. Erstmals ist auch eine Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen enthalten. Dabei handelt es sich um den prozentualen Anteil der Unterbeschäftigten (ohne registrierte Arbeitslose) und der Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen am Erwerbsper-

sonenpotential (ohne Stille Reserve). Unter Einbeziehung der Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt erhöht sich der von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erfasste Personenkreis um fast zwei Prozentpunkte. Alles in allem ist in der modifizierten Arbeitsmarktbilanz der Umfang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen transparenter dargestellt als bisher. Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist jedoch in einigen Positionen nur eingeschränkt gegeben.

### ***Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland bleiben auf hohem Niveau***

Infolge des noch geringen Produktionswachstums<sup>28</sup> wird die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland in diesem Jahr auf hohem Niveau fortgeführt. Dazu trägt vor allem die Teilnahme an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt bei, die auch in diesem Jahr von einem Drittel aller in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen tätigen Personen in Anspruch genommen werden (vgl. Tabelle 2). So hängen 2,6% der Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt direkt von staatlichen Eingriffen in den Arbeitsmarkt ab. Im engeren Sinne – das heißt ohne die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im ersten Arbeitsmarkt – sind nur 5,46 Mio. Personen im ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland beschäftigt. Bei Einbeziehung der Pendlerströme zwischen Ost- und Westdeutschland erhöht sich diese Zahl auf fast 5,88 Mio. Personen.

Wird im kommenden Jahr der Umfang arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf dem Niveau dieses Jahres beibehalten, so werden etwa 4,6% der Erwerbstätigen in Ostdeutschland von staatlichen Maßnahmen im ersten bzw. zweiten Arbeitsmarkt abhängen.

*Hans-Ulrich Brautzsch*

*(Hans-Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)*

*Gabriele Hardt*

*(Gabriele.Hardt@iwh-halle.de)*

*Birgit Schultz*

*(Birgit.Schultz@iwh-halle.de)*

---

<sup>28</sup> Vgl. LUDWIG, U.; BRAUTZSCH, H.-U.; GRUNERT, R.; HASCHKE, I.; LOOSE, B.: Ostdeutsche Wirtschaft 2002 und 2003: Schwäche wird überwunden, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2002, S. 248-265.